

## Schweiz

**Gescheitert.** Das Volksreferendum gegen den «faulen Kompromiss» beim nationalen Finanzausgleich kommt nicht zustande. **Seite 4**

## International

**Überrannt.** Die Eroberung der afghanischen Stadt Kundus durch Taliban-Milizen ist eine Niederlage für Deutschland. **Seite 6**

## Basel

**Distanz.** Als Krawall-Manager steht Polizeikommandant Lips in der Kritik. Die Regierung geht auf Distanz zum Basler Chefbeamten. **Seite 13**

**Brisanz.** Vor vier Jahren endete eine Party in der besetzten Villa Rosenau blutig. Nun muss das Strafgericht den brisanten Fall klären. **Seite 14**

**Dominanz.** Nicolas Hug, dominanter Gemeindeverwalter in Binningen, gibt sein Amt auf. Zuvor gingen zahlreiche Mitarbeiter im Unfrieden. **Seite 15**

## Kultur

**Wider das Vergessen.** Fritz Bauer war der Wegbereiter der Frankfurter Auschwitz-Prozesse. Heute läuft ein Film über ihn in den Kinos an. **Seite 21**

**Gegen Amerika.** Die Tate Modern stellt Pop-Art aus aller Welt aus und verzichtet dabei auf die Heroen Warhol und Lichtenstein. **Seite 23**

## Wirtschaft

**Kein Lernerfolg.** Der Crash von 2008 hatte den Finanzplatz London erheblich belastet. Konsequenzen hat das erstaunlicherweise nicht. **Seite 32**

## Sport

**Sport und Politik.** Bei einer möglichen Abspaltung Kataloniens droht dem FC Barcelona der Ausschluss von der spanischen Liga. **Seite 39**

## Wetter

**Region.** Es wird ein fast perfekter Beginn des goldenen Oktobers, nur marginal getrübt durch vormittägliche Nebelschwaden. **Seite 20**

## www.baz.ch

**Online.** Der FCB trifft im zweiten Spiel der Gruppenphase der Europa League im St.-Jakob-Park auf Lech Posen. Es ist das dritte Duell in dieser Saison. Wir berichten im Liveticker ab 19 Uhr.



ANZEIGE



## Sebastian Frehner wieder in den Nationalrat

«Ich unterstütze Sebastian Frehner, weil er für tiefere Steuern, Gebühren und Abgaben einsteht.»

Saskia Frei  
Advokatin u. ehem. Grossrätin FDP



# Welche Uni wollen sich die beiden Basel leisten?

Christoph Eymann und Hanspeter Weibel streiten über Lösungen

Von Thomas Dähler

**Basel/Liestal.** Er wehrt sich gegen Rosinenpickerei: Doch der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann (LDP) signalisiert, dass Basel-Stadt dem Landkanton entgegenkommen will. In dem von der Basler Zeitung angeregten Gespräch mit dem Baselbieter Landrat Hanspeter Weibel (SVP) zieht Eymann aber auch die klaren Grenzen des Entgegenkommens: «Ich werde mich bis zum letzten Tag meiner Amtszeit für eine Uni mit der heutigen Anzahl Fakultäten einsetzen», sagt der Basler Erziehungsdirektor, «eine Volluniversität, die in jeder Hinsicht garantieren kann, dass ein Return on Investment für die Region anfällt.» Dabei ist sich Eymann bewusst, dass sich die hohen Beiträge

an die Universität vielleicht erst in zehn Jahren auszahlen.

Beim Baselbieter SVP-Politiker verfährt diese Langzeitperspektive nicht. «Wir sind gezwungen zu fragen, welche Universität wir wollen und wie wir sie finanzieren», sagt Weibel. «Ich frage mich, ob es das umfassende heutige Angebot braucht, denn dieses treibt die Kosten hoch.» Weibel stellt sich eine spezialisierte Universität wie beispielsweise in St. Gallen vor.

### Kosten in den Griff bekommen

Weibel verdeutlicht die unterschiedlichen finanziellen Vorstellungen in den beiden Trägerkantonen: «Ein grundsätzlicher Konstruktionsfehler der Partnerschaftsverträge ist, dass sie nicht auf der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

der beiden Kantone aufbauen.» Deshalb sei der Kanton Baselland nicht mehr in der Lage, die heute vertraglich gültigen finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Nur wenn die beiden Basel die Kosten in den Griff bekommen würden, könnten sich die beiden Kantone die Universität auch in Zukunft leisten.

Allerdings gehen die Ansichten der beiden Politiker auseinander: Während Eymann stolz ist, dass die Universität qualitativ gewachsen ist, sorgt sich Weibel um das Ranking. Beide Politiker betonen jedoch, dass die gemeinsame Universität weitergeführt werden muss. Auf Regierungsebene scheint eine Lösung möglich: Jetzt müsse ihnen etwas «Kreatives» in den Sinn kommen, sagte Eymann. **Seite 3**

# Glencore schmilzt dahin



**Kupfer und immer weniger Kohle.** Ob Kupferschmelzen in Chile (Bild) oder Kohleminen in Australien, Ivan Glasenberg hat Glencore im Alleingang zum weltweit führenden Rohstoffkonzern ausgebaut. Jetzt wird die One-Man-Show zur schweren Belastung. Bei der Bewältigung der Krise des hoch verschuldeten Konzerns kann der CEO nur auf sich selber zählen. Von Verwaltungsratspräsident Tony Hayward, dem gescheiterten BP-Chef, hört man nichts. dZ Foto Andrew Craig **Seite 31**

## Unterschiedliche Formkurven

Der FCB empfängt Lech Posen im Rahmen der Europa League

**Basel.** Im zweiten Gruppenspiel der Europa League ist der FCB gegen Lech Posen (19.00 Uhr, SRF2) in der Favoritenrolle. Es ist das Duell des Leaders der Super League gegen das Schlusslicht der polnischen Ekstraklasa. «In Basel haben wir zuletzt eines unserer besten Spiele gezeigt», schöpft Trainer Maciej Skorza Optimismus aus dem verlorenen Rückspiel im St.-Jakob-Park im Rahmen der Qualifikation zur Champions League.

Zuversicht strahlt auch der FCB-Chefscout Ruedi Zbinden aus: «Wir haben nun eines der besten Kader der letzten zehn oder fünfzehn Jahre zusammen.» Im Interview mit der BaZ erklärt Zbinden, wer die Leader beim FCB sind, wie sich seine Arbeit in den vergangenen Jahren verändert hat und wohin die Reise von Rotblau durch Europa gehen könnte. wko **Seiten 38, 40**

## Kritiker mit Witz

Zum Tod von Hellmuth Karasek

Von Christine Richard

**Hamburg.** Hellmuth Karasek ist tot. Der bekannte deutsche Kulturjournalist und Buchautor starb Dienstagmorgen im Alter von 81 Jahren in seiner Hamburger Wohnung.

Er begann 1960 bei der *Stuttgarter Zeitung*, war 1968 bis 1974 Theaterkritiker bei der *Zeit* und prägte danach als Kulturchef im *Spiegel* jahrelang das Meinungsbild über Kunst und Kultur. Prominent wurde er allerdings erst ab 1988 durch «Das Literarische Quartett» im Fernsehen, als er an der Seite von Sigrid Löffler die Polemik von Marcel Reich-Ranicki zu dämpfen wusste.

Dabei war er selber ein Hitzkopf und schätzte wortmächtige Beiträge – allerdings ebenso die pfiffige Plauderei und Pointe. Er schrieb Theaterstücke und Romane, verfasste Bücher über das Alter, die Frauen, den Witz sowie ernst-

hafte Biografien über Max Frisch, Bert Brecht und Billy Wilder. Eines seiner besten Bücher handelt von seiner eigenen Jugend: «Auf der Flucht».

Was in Erinnerung bleiben wird, ist weniger sein Werk als vielmehr seine Person, jene seltene Mischung aus Kunstkenner und Unterhaltungslust. Er trat im Alter gerne bei Fernseh- und Firmenanlässen auf, auch in einer RTL-Spielshow.

Bilanziert man seine Verdienste und Veröffentlichungen, so sind zwei Posten besonders hervorzuheben. Er trieb die Westöffnung der nachkriegsdeutschen Intelligenz voran. Und er übersprang behend den Graben zwischen U und E, zwischen ernsthafter Kulturkritik und Unterhaltungsindustrie. Er war süchtig nach Öffentlichkeit. Das Erstaunlichste dabei war: Er wirkte nie eitel, nie aufdringlich. Hat Spass gemacht mit ihm. **Seite 2**

## Ärger wegen Pflegegesetz

Mehr Macht für Gemeinden

**Liestal.** Das Gesetz über die Pflege und die Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen wird derzeit überarbeitet. Ein internes Arbeitspapier, das der BaZ vorliegt, zeigt, in welche Richtung das neue Gesetz gehen soll: Den Gemeinden soll künftig mehr Verantwortung zukommen. So soll die Verteilung von Bewohnern in den Gemeinden erfolgen, und nicht mehr wie bisher in den Altersheimen.

Enttäuscht von den Neuerungen sind die Leistungserbringer: Der Verband der Baselbieter Alters-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen sowie die Seniorenverbände und Spitex werden erst jetzt von der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion zurate gezogen. cin **Seite 11**

## Russland fackelt nicht lange

Luftangriffe in Syrien gestartet

**Moskau/Damaskus.** Mit Luftschlägen auf strategische Ziele in Syrien hat Russland erstmals militärisch in den Syrien-Konflikt eingegriffen. Während der Kreml bekräftigt, die Terrormiliz Islamischer Staat zu bekämpfen, widersprechen Aktivisten: In den angegriffenen Gebieten würden sich gar keine Kämpfer des IS befinden.

Wladimir Putin nannte die Intervention den «einzigen Weg im Kampf gegen den internationalen Terrorismus». Die Unterstützung für die syrische Armee beschränke sich auf die Dauer ihrer Angriffsaktionen. Da Putin die syrische Armee zum einzigen Gegner des IS erklärt hat, bedeutet das im Klartext: Krieg bis zum Sieg. SDA **Seite 6**

## Die Schweiz wächst weiter

Migration ist der Hauptgrund

**Bern.** Die Bevölkerungszunahme der Schweiz ist zum überwiegend grossen Teil migrationsbedingt. Dies ergibt eine genaue Durchsicht der neusten Zuwanderungs- und Wachstumswahlen aus dem Bundesamt für Statistik. Die ständige Wohnbevölkerung ist 2014 um 98 000 Personen auf 8,23 Millionen gewachsen.

Den grössten Wachstumsfaktor bildet dabei der Zuwanderungssaldo von 78 500 Ausländerinnen und Ausländern. Auch beim Geburtenüberschuss machen ausländische Staatsangehörige, die in der Schweiz wohnen, die grosse Mehrheit aus. bg **Seite 2**

ANZEIGE



**Minerva Leistungsstufe**  
Schulische Herausforderung für Kinder, die mehr leisten können und wollen

Minerva Volksschule  
Wildensteinerhof  
Telefon 061 278 98 88

[www.minervaschulen.ch](http://www.minervaschulen.ch)



# Richtungsstreit um die Universität Basel

Der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann (LDP) und Landrat Hanspeter Weibel (SVP) sind sich nicht einig



Für die Voll-Universität. Christoph Eymann will an den heutigen Fakultäten nicht rütteln. Fotos Dominik Plüss



So geht es nicht weiter. Hanspeter Weibel möchte, dass die Uni die Kosten in den Griff bekommt.

Von Daniel Wahl und Thomas Dähler

**BaZ:** Herr Weibel, Sie kritisieren die Universität als Parlamentarier eines Kantons, der sich als Hochstapler benimmt und ein Bildungsinstitut finanziert, das er sich so eigentlich gar nicht leisten kann.

**Hanspeter Weibel:** Das ist das Grundproblem. Deswegen bin ich aber kein Gegner der Universität. Doch jetzt sind wir gezwungen zu fragen, welche Universität wir wollen und wie wir sie finanzieren.

**Weshalb ist die Universität in den letzten Jahren derart stark gewachsen?**

**Christoph Eymann:** Aus zwei Gründen. Es gibt mehr Studierende. Wir haben in beiden Regierungen einst Szenarien zum Wachstum erstellen lassen und uns auf ein Szenario mit 12 000 bis 13 000 Studierenden geeinigt. Dort sind wir heute. Mehr, das wissen wir, können wir uns nicht leisten. Wir sind zudem qualitativ gewachsen, und darauf können wir stolz sein. Wenn wir sehen, welchen Life-Sciences-Campus wir haben im Schällemätteli: Das ist vermutlich in Europa der modernste Life-Sciences-Cluster. Das ist auch enorm wichtig für unsere Pharmaindustrie.

**Ist damit nur quantitativ der Zenit erreicht, oder ist auch mit einem finanziellen Wachstum zu rechnen?**

**Eymann:** Es ist gewünscht, dass wir bei den Life Sciences bei der Weltspitze mit dabei sind. Die Frage, ob der Zenit erreicht ist, kann nur schwer beantwortet werden. Im Moment bemühen wir uns, und zwar beide Kantone, die Zusammenarbeit mit der forschenden Pharmaindustrie intensiver zu gestalten – zum Beispiel mit dem Innovationspark oder dem Tropeninstitut in Allschwil. Wir investieren. Das Problem ist nur, dass der Return on Investment erst vielleicht in zirka zehn Jahren kommt.

**Weshalb, Herr Weibel, torpedieren Sie mit den Life Sciences die Lebensader dieser Region?**

**Weibel:** Das ist überhaupt nicht die Absicht. Ich bin gerade in diesem Bereich für eine stärkere Konzentration und für mehr Qualität. Es braucht nicht einfach Studierende, sondern Universitätsabsolventen. Wir streben Verbesserungen beim Ranking an. In einigen Fakultäten sind wir gut unterwegs, aber ich frage mich, ob es das umfassende heutige Angebot braucht, denn dieses treibt die Kosten hoch.

**Was braucht es nicht? Ist eine spezialisierte Universität wie etwa in St. Gallen denkbar?**

**Weibel:** Die Regierungen müssen die Frage beantworten, auf welche Richtungen sich die Universität konzentrieren soll. Um unsere Anliegen im Verlauf der Verhandlungen einbringen zu können, habe ich mit einem Vorstoss die Bildung einer parlamentarischen Begleitkommission nach Paragraph 24 des Landratsgesetzes angeregt. Ja, persönlich wäre ich für eine spezialisierte Universität.

**Weshalb ist Basel in seiner Universitätsstrategie für eine Volluniversität?**

**Eymann:** Um auf nationaler Ebene eine gewisse Rolle spielen zu können, brauchen wir eine Volluniversität. Da haben auch der Grosse Rat und der Landrat mit der Genehmigung der Leistungsaufträge zugestimmt. Wenn wir gewisse Fakultäten aufgeben müssten, würden wir für unsere Studierenden zahlen müssen, die dann in Bern oder Zürich studieren und nach Abschluss des Studiums möglicherweise dort bleiben. Das wäre ein Wissensverlust. Eine Volluniversität ist für die Region ein Standortvorteil.

**Was stellen Sie bei der Universitätsvereinbarung infrage, Herr Weibel?**

**Weibel:** Zuerst einmal die Immobilienvereinbarung. Diese sollte Basel-land ersatzlos kündigen. Bei den Studienrichtungen sollen vor allem diejenigen gefördert werden, deren Absolventen nachher in der wertschöpfenden Industrie in der Region Arbeitsplätze finden. Wir müssen keine nach dem Studium arbeitslosen Soziologen ausbilden. Etwa 20 Prozent der Studierenden belegen an der Universität nicht zentrale Studienrichtungen, mit steigender Tendenz. Auch die Zunahme der Studierenden aus der nördlichen Nachbarschaft müssen wir hinterfragen, denn diese bezahlen nur die bescheidenen Studiengebühren. Es ist nicht einzusehen, weshalb die beiden Trägerkantone den hohen Beitrag für Studierende übernehmen sollen, die aus dem Ausland oder aus der übrigen Schweiz kommen.

**War das überproportionale Wachstum an Studierenden aus Deutschland gewollt?**

**Eymann:** In der letzten Leistungsperiode hat Baselland zwei Forderungen gestellt: mehr Geld für den Ausbau der Humanmedizin, dem haben

«Gerade bei der Life Science bin ich für eine stärkere Konzentration und für mehr Qualität.»

Hanspeter Weibel, Baselbieter Landrat

wir entsprochen, und höhere Studiengebühren für alle, und das haben wir auch gemacht. Jetzt müssen wir aufpassen. Natürlich können wir die Gebühren für Ausländer erhöhen. Wir sollten aber schauen, dass wir auf der Augenhöhe anderer Universitäten bleiben. Denn heute profitieren wir von Ausländern, die kommen und unsere Forschung vorantreiben und dafür sorgen, dass wir auf Rang 87 sind von etwa 15 000 Universitäten. Man muss immer das Ganze betrachten. Persönlich bin ich nicht für höhere Gebühren für Ausländer, aber wenn der Partnerkanton das will, haben wir auch schon früher bewiesen, dass wir bereit für Anliegen sind.

**Weibel:** Das Ranking hat sich jetzt aber gerade verschlechtert. Und Quantität ist nicht alles. Die Universi-

tät St. Gallen macht vor, wie besser selektioniert und damit die Qualität erhöht werden kann.

**Eymann:** Da muss ich mich wehren. Abenteuerlich finde ich, dass Sie nur das behalten wollen, was wirtschaftlich nützlich ist, und den Rest bleiben lassen. Unsere Wirtschaft verlangt, dass junge Leute in mehreren Bereichen ausgebildet werden.

**Die beiden Regierungen dürften nicht darum herumkommen, den Vertrag anzupassen. Was müsste fundamental anders sein, Herr Weibel?**

**Weibel:** Ein grundsätzlicher Konstruktionsfehler der Partnerschaftsverträge ist, dass sie nicht auf der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der beiden Kantone aufbauen. Das ist der Hauptgrund, dass wir Verträge haben, die der Kanton Baselland nicht zu finanzieren in der Lage ist.

**Eymann:** Wenn man dies machen würde, würde von unserer Seite die Ausschöpfung des Steuersubstrats angemahnt. Und passen Sie auf, bei der Fachhochschule Nordwestschweiz stünden Sie plötzlich gegenüber Aargau und Solothurn schlechter da, weil das Baselbiet finanzstärker ist.

**Heute bezahlt Baselland rund 170 Millionen Franken an die Uni. Das ist fast so viel wie das gesamte jährliche Investitionsbudget des Kantons. Würden Sie, Herr Eymann, wenn Sie Finanzdirektor wären, dies verantworten wollen?**

Ja, das würde ich. Weil die Finanzierung der Uni wirklich eine Investition in die Zukunft ist. Deshalb hat uns das Baselbiet gebeten, bei Neubauten der Uni nicht die Investitionsrechnung zu belasten, sondern einen anderen Modus zu finden. Darum treten die beiden Basel wie beim Neubau des Biozentrums lediglich als Investitionsgaranten auf. Die Uni kann dann Geld zu besseren Konditionen beschaffen. Im Gegenzug wurde der Uni das Globalbudget erhöht. Das ist ein gemeinsam getragener Entscheid.

**Weibel:** Das ist so. Aber zwei Schlagzeilen diesen Frühling haben es auf den Punkt gebracht. Die eine hiess: Basel-Stadt schliesst mit einem Überschuss von 179,3 Millionen ab. Wenig später die andere: Baselland – Defizit 2014 ohne Finanzierung BLPK 120,6 Millionen. Man liegt nicht falsch, wenn man sagt, ein Teil des Überschusses in Basel ist durch Baselland mit seinem Beitrag an die Uni finanziert worden.

**Eymann:** Schauen Sie etwas weiter zurück. In den 1970er-Jahren setzte eine Stadtfucht ein. Die Stadt verlor etwa 30 000 Einwohner. Basel stand im Zugzwang, sich finanziell anzupassen. Dank unserer rigiden Ausgabenpolitik und Glück in der Wirtschaft geht es uns heute besser. Solche Schwankungen gibt es immer.

**Weibel:** Richten wir den Blick doch nach vorne. Die goldenen Zeiten halten in Basel auch nicht ewig an. Eine neuerliche Sanierung der Pensionskasse ist absehbar. Es müsste also im Interesse beider Kantone sein, die Kosten der Uni in den Griff zu bekom-

men, unter dem Aspekt von Qualität und Konzentration. Nur so können wir uns diese Universität leisten.

**Eymann:** Moment. Die Pensionskasse ist saniert. Wir sehen, dass der Zustand der jeweiligen Kantonsfinanzen Schwankungen unterliegt. Jetzt könnte uns doch etwas Kreatives in den Sinn kommen, eine Art Ausgleichsmechanismus, wenn es einem Partner schlechter geht. Wir wehren uns in der Basler Regierung nicht dagegen, einen Beitrag zu leisten, damit die Baselbieter ihr Problem lösen können. Aber ohne Abstriche bei der Uni. Auf Regierungsebene scheinen wir damit vorwärtszukommen. Das war jedenfalls die Intention an der letzten Sitzung.

**Herr Eymann, Sie wissen, dass der Landrat die Regierung beauftragt hat,**

«Die Wirtschaft verlangt, dass junge Leute in mehreren Bereichen ausgebildet werden.»

Christoph Eymann, Erziehungsdirektor BS

**den Uni-Vertrag zu kündigen, wenn man keine Lösung findet. Ist das ein Weg, den man nicht einschlagen darf?**

**Eymann:** Mich stört es, dass man uns in Kenntnis der politischen Prozesse bloss drei Monate Zeit gibt, eine Lösung zu finden, wie man 25 Millionen Franken im Baselbiet herunterfährt, und Basel damit rechtlich in Zugzwang bringt, weitere 25 Millionen einzusparen.

**Die Kündigung des Uni-Vertrags gäbe Ihnen mehr Zeit ...**

**Eymann:** Mehr Zeit – ja, aber vieles ginge kaputt. Kündigt man einen Vertrag, treten Unsicherheiten ein, und dann kommen die Professoren und Topshots nicht mehr, weil sie kein günstiges Umfeld vorfinden. Zudem bricht man eine neue Diskussion vom Zaun: Die Grünen wollen vielleicht keine Genforschung, im Baselbiet ist man über Genderstudying nicht erfreut. Solche Diskussionen sind für die Uni gefährlich.

**Weibel:** Verträge haben nun mal eine Kündigungsklausel. Jetzt nehmen wir sie wahr. Wir haben Zeit bis Sommer, eine Vorlage auszuarbeiten. Als Vertreter der basel-landschaftlichen Seite will ich nicht Steuererhöhungen zur Finanzierung der Uni erbeteln müssen, nur weil man es unterlassen hat, die Frage der Beteiligungen und der Ausrichtung aufs Tapet zu bringen. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass Baselland mit SP-Bildungsdirektor Urs Wüthrich einen Regierungsvertreter im Uni-Rat hatte, der nicht die Anliegen des Parlaments in den Uni-Rat getragen hat. Die Studiengebühren für Ausländer wurden nicht wie verlangt heraufgesetzt. Nun haben die Finanzverhältnisse in Baselland gewechselt, die Mehrheiten auch. Diese neue Ausgangslage wirkt sich auf die Verhandlungen aus.

**Eymann:** Wenn ein Unbehagen vorliegt, müsste es auch in den Uni-Rat kommen. Ich finde es billig, jetzt auf Urs Wüthrich herumzuhacken.

**Weibel:** Die neue Ausgangslage bietet die Chance, die verschiedenen offenen Punkte, seien es die Standorte oder die Finanzierung, die Beteiligung anderer Kantone und die Fokussierung der Uni, neu zu diskutieren. Das müsste auch im Interesse der Stadt sein.

**Herr Eymann, hat die Baselbieter Regierung nie darauf aufmerksam gemacht, dass die Uni-Kosten eventuell nicht mehr bewältigt werden könnten?**

**Eymann:** Bei der Debatte über die neue Leistungsperiode vor zweieinhalb Jahren hat die Baselbieter Regierung erste Probleme artikuliert und gewünscht, dass neue Gelder zielgerichtet für die Medizin eingesetzt werden. Die Uni musste mit ihrem Eigenkapital einen Beitrag dazu leisten. Zusätzlich sollten die Studiengebühren heraufgesetzt werden. Dem ist die Uni nachgekommen. Von den finanziellen Schwierigkeiten in der heutigen Dimension war aber nie die Rede.

**Glaubt man der Argumentation von Regierungsrat Eymann, gehen Sie, Herr Weibel, mit Ihrer Strategie als Uni-Killer in die Geschichte ein.**

**Weibel:** Bestimmt nicht. Alle Parteien, auch die SVP, haben sich dezidiert hinter die Uni gestellt. Eine Abschaffung stand nie zur Diskussion.

**Eymann:** Ich werde mich bis zum letzten Tag meiner Amtszeit für eine Uni einsetzen mit der heutigen Anzahl Fakultäten – eine Volluniversität, die in jeder Hinsicht garantieren kann, dass ein Return on Investment für die Region anfällt.

**Weibel:** Damit sagen Sie: Es gibt keine Veränderung – oder nur über meine Leiche. Das ist eine schlechte Ausgangslage, um mit einem Partnerkanton diskutieren zu können.

**Baselland muss 25 Millionen Franken sparen. Inwiefern kommt die Uni dieser Ausgangslage entgegen?**

**Eymann:** Ich kann keine konkreten Angaben machen. Die Basler Regierung zeigt sich gewillt entgegenzukommen. Aber es gibt keine Rosinenpickerei – auch auf der Spitalebene nicht, wo der Druck im Baselbiet ungemein grösser ist.

**Das ist eine Steilvorlage der Gegner dieser Spitalstrategie im Baselbiet: Man müsste den Universitätsvertrag kündigen, wenn man die Spitalpartnerschaft nicht will.**

**Eymann:** Das ist durchaus möglich. Aber wir mussten reagieren, wenn Leute wie Herr Weibel Ideen formulieren, die einen Abbau des Universitätsstandorts postulieren.

**Weibel:** Die Verknüpfung mit der Spitalstrategie ist aus zwei Gründen nicht richtig. Es wirkt erpresserisch. Zudem kann ich mir vorstellen, dass der Stadtkanton ganz froh ist, wenn er mit dem Land in der regionalen Gesundheitspolitik eine gemeinsame Lösung erarbeiten kann.